

Demokratie und Partizipation im 21. Jahrhundert

Bericht über das 25. Forum Sozialethik 2015 in der Katholischen Akademie Die Wolfsburg

„Alles Politische beginnt (und endet) mit der Partizipation“, schreibt der Befreiungsphilosoph Enrique Dussel und weist auf den zentralen Stellenwert der Partizipation für die Demokratie hin. Im 21. Jahrhundert scheint allerdings eine neue Verhältnisbestimmung notwendig, mehren sich doch Phänomene, die von verschiedenen Seiten als „Krisenszenarien“ der Demokratie bezeichnet werden.

Diese betreffen nicht nur schwierige bis gescheiterte Demokratisierungsprozesse in Ländern etwa der arabischen Welt, den (ökonomischen) Erfolg autokratischer Regime, wie China, die sich dadurch verringernde Anziehungskraft demokratischer Regierungs- und Gesellschaftsformen und den Rückfall mehr oder minder funktionierender demokratischer Systeme in zunehmend offen autoritäre Strukturen (beispielsweise in Russland, der Türkei oder, in geringerem Maße, in Südafrika). Von einer „Krise der Demokratie“ lässt sich auch in den etablierten liberalen Demokratien des globalen Westens sprechen, wenn man unterschiedliche „Krisensymptome“ betrachtet: die steigende Anzahl derjenigen, die sich nicht mehr an Wahlen und politischen Partizipationsprozessen beteiligen, die Anfrage an die Möglichkeit zur Achtung der Interessen und Ansichten aller von einer Entscheidung Betroffenen in pluralen und postsäkularen Gesellschaften sowie das Reden von der Postdemokratie. Das Forum Sozialethik 2015 ist diesen Phänomenen nachgegangen und hat dabei vor allem das Verhältnis von Demokratie und Partizipation sowie die Zukunft der Demokratie im 21. Jahrhundert in den Blick genommen.

1 Versprechen der Demokratie

Gleichwohl sind Beschreibungen von Krisenszenarien demokratischer Gesellschaftssysteme so alt wie diese selbst. So knüpften *Luisa Fischer*

(Mainz) und *Sebastian Zink* (München) in ihrem Einführungsvortrag an die aus dem Jahr 1984 stammenden Analysen des italienischen Demokratietheoretikers und Rechtsphilosophen Norberto Bobbio vom „*futuro della democrazia*“ – der Zukunft der Demokratie – und seinen nicht eingehaltenen Versprechen an. Bobbio kritisierte vor allem fehlende unabhängige Repräsentanz, fehlende Transparenz bei Entscheidungsprozessen und mangelnde gesamtgesellschaftliche Teilhabe. Er war aber als Verfechter einer repräsentativen (parlamentarischen) Demokratie auch der Meinung, dass diese ihre Ideale notwendigerweise verfehlen müsse. Statt Resignation forderte er daher – ähnlich wie Dussel – etwa demokratische Bildung, umfassendere Partizipationsmöglichkeiten sowie eine Reform der Kommunikationsmedien. Auch 30 Jahre danach erschien es den Vortragenden daher für eine sozialetische Analyse gewinnbringend, von den von Bobbio herausgearbeiteten und nach wie vor nicht eingehaltenen Versprechen der demokratischen Regierungsform auszugehen und nach der Zukunft von Partizipation und Demokratie im 21. Jahrhundert zu fragen.

In drei Schritten näherte sich das Forum dieser Frage an: Die Referent/-innen blickten auf Anspruch und Wirklichkeit repräsentativer Demokratie, auf die Herausforderungen von Partizipationsprozessen, insbesondere durch system- bzw. theoriebedingte Ausschlüsse von Bevölkerungsgruppen, sowie schließlich auf die Zukunft demokratischer Beteiligung.

2 Anspruch und Wirklichkeit repräsentativer Demokratie

Zum Anspruch an eine liberale Demokratie unter postsäkularen Vorzeichen brachte *Ana Honnacker* (Hannover) im ersten Vortrag der Tagung den Psychologen und Philosophen William James ins Gespräch. Für eine post-säkulare Gesellschaft stelle sich angesichts gesellschaftlicher Pluralisierung, aber auch mit Blick auf die Einwanderung von Menschen mit unterschiedlichen religiösen und kulturellen Prägungen, immer drängender die Frage, welche Rolle sie religiösen Überzeugungen im öffentlichen Diskurs einräumen möchte. James plädierte in diesem Kontext für die Durchbrechung der Dichotomie *säkular* versus *religiös*, indem er als Vertreter des Pragmatismus die Vielgestaltigkeit der Erfahrungswirklichkeiten herausstellte: Keine Weltsicht, weder „säkular“ noch „religiös“, könne einen privilegierten Zugang zur Wirklichkeit für sich beanspruchen, da es keinen übergeordneten neutralen Standpunkt gebe, sondern

nur den Dialog untereinander. Für eine liberale Demokratie sei dieser fortwährende Dialog daher unverzichtbar.

Ausgehend von den Wahlaufrufen der deutschen Bischöfe vor Bundestagswahlen setzte sich anschließend *Cornelius Sturm* (Münster) mit dem Anspruch repräsentativer Demokratien an ihre Wähler/-innen im Appellieren an deren „Verantwortung“ auseinander. Die starke Responsibilisierung – die Annahme, dass jede/r das eigene Leben selbstbestimmt gestalten könne und müsse – umgreife nicht nur die Abstimmung oder Nichtabstimmung an der Wahlurne, sondern auch viele Bereiche des gesellschaftlichen Daseins, in denen zudem von außen klar definiert sei, was als verantwortlich zu gelten habe. *Cornelius Sturm* kritisierte sehr deutlich die mit einer solchen Rede von „Verantwortung“ verbundene Überforderung der Angesprochenen angesichts ihrer begrenzten Handlungsmacht. Innerhalb einer demokratischen Theorie mit normativem Anspruch bedürfe es daher dringend eines reflektierteren Verantwortungsbegriffs.

3 Partizipation als Herausforderung

Anspruch der Teilhabe und Partizipation möglichst aller an der Demokratie ist eine zentrale Herausforderung jeder Form der Demokratie. *Andreas Fisch* (Dortmund) rückte in seinem Vortrag die Ausschlüsse potentieller Wähler/-innen in den Vordergrund, die nicht nur eine Erscheinung der Geschichte oder autoritärer Staaten, sondern noch heute Realität in der Mehrzahl repräsentativer Demokratien seien. An den Argumenten für den Ausschluss von Kindern und Jugendlichen vom Wahlrecht machte er deutlich, wie unbestimmt Kriterien wie geistige Reife oder das Betroffensein von Entscheidungen für die (Nicht-)Zulassung zur Wahl seien. Dabei gebe es kaum zu rechtfertigende Gründe, Kinder vom Grundrecht politischer Mitwirkung auszuschließen. Am Ende seines Vortrags argumentierte *Andreas Fisch* deshalb für die Einführung eines Stellvertreterwahlrechts zur besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Ausschlüsse waren auch das Thema von *Jochen Ostheimer* (München), der die Rawls'sche Gerechtigkeitstheorie einer kritischen Prüfung unterzog. Das vorgestellte Ideal einer Kooperationsgemeinschaft, deren Verteilung von Lasten und Chancen unter dem Schleier des Nichtwissens geschehe, setze ein genau bestimmtes Gesellschaftsmodell voraus. Diejenigen, die nicht über ein Mindestmaß an Arbeitsfähigkeit verfügten, gehörten beispielsweise nicht dazu. Eine gleichberechtigte Inklusion aller

verlange demnach ein Weiterdenken dieser bis heute sehr wirkmächtigen Gerechtigkeitstheorie.

Gegenüber der häufig rezipierten Theorie John Rawls' brachte *Erzsébet-Noémi Noje-Knollmann* (Frankfurt/Main) mit Joan Tronto eine für die sozialetische Rezeption noch weitgehend neue Stimme in den Grundlagendiskurs ein. Ihr Vortrag zu Demokratie als fürsorglicher Praxis nahm Trontos „*Ethics of Care*“ auf. Was im engen Wortsinn zunächst auf die Forderung nach Partizipation für all jene, die der Pflege bedürfen oder diese anbieten, bezogen war, lasse sich auch auf die Gesamtgesellschaft ausweiten. Der Fürsorgebegriff eröffne nicht nur einen Blick in die Zukunft alternder Gesellschaften, sondern betreffe, als Grundbedürfnis jedes Menschen, alle Gesellschaftsmitglieder.

Zum Abschluss dieses Panels widmete sich *Simon Faets* (Münster) der Kritik Judith Butlers an der Institution der Staatsbürgerschaft, die für Butler Ausdruck nationalstaatlicher und biopolitischer Macht ist. Das Vorenthalten dieser Staatsbürgerschaft sei ein zentraler Mechanismus zum Ausschluss von politischer und gesellschaftlicher Partizipation, der außerdem Prekarität produziere. Butlers Modell der Kohabitation verweise demgegenüber darauf, dass wir als Erdenbürger/-innen auf das Zusammenleben angewiesen sind und eine Verantwortung für das gefährdete Leben der anderen tragen. Der Nationalstaat hingegen reproduziere aus seiner Funktion heraus Ausschlüsse und verhindere damit die Universalisierbarkeit von Rechten allgemein.

4 Die Zukunft demokratischer Beteiligung

Zum Abschluss eröffnete die Tagung einen Blick auf die Zukunft der Partizipation und damit auch auf die der Demokratie. *Dominik Ritter* (Fulda) entfaltete in seinem Vortrag ein Portfolio schon realisierter sowie noch uneingelöster Partizipationsmöglichkeiten und ging dabei vor allem auf den Wandel der demokratischen Kultur ein: Partizipation entwickle sich heute immer öfter themenbezogen und jenseits der Volksparteien, Bürgerbeteiligung gewinne einen höheren Stellenwert und die Sprachbarrieren zwischen Politik und Öffentlichkeit machten bessere Kommunikation und transparentere Entscheidungsprozesse nötig. Ritter stellte Modelle aus der basisdemokratischen Arbeit und der Organisationsentwicklung vor, die diese Herausforderungen aufnehmen und sich als produktiver Beitrag in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion über

konkrete Gesetzgebungsverfahren und das „gute Leben“ in der Zukunft erweisen. Drei Konkretionen folgten auf diesen Aufriss:

Myriam Ueberbach (Mainz) sprach über die Rolle der sozialen Medien in demokratischen Basisbewegungen. Als Beispiel diente ihr der so genannte „arabische Frühling“. Hieran zeigte sie exemplarisch, wie die Diskussion aus dem Raum der wenigen politisch engagierten Blogger in die sozialen Netzwerke übersprang und dort weite Teile der Bevölkerung mobilisieren konnte. Gleichzeitig wurden die Grenzen in der allseitigen politischen Instrumentalisierung von Facebook und anderen sozialen Netzwerken deutlich.

Stefanie A. Wahl (Bamberg) beleuchtete neue globale Protestkulturen und ihre Rolle als Form politischer Partizipation. Die vielgestaltigen öffentlichen Proteste gegen Wirtschaft und Regierungen eine ihre Empörung, der Stéphane Hessel in der gleichlautenden Denkschrift „Empört euch!“ einen Namen gegeben habe. Eine Herausforderung stellten insbesondere neue nicht-institutionalisierte Protestformen dar, die sich vor allem hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit und Integrierbarkeit in klassische Partizipationsformen bewähren müssten.

Christian Henkel (Tübingen) brachte schließlich die *liquid democracy* als Form zukünftiger Partizipation ins Gespräch. Online-Plattformen erlaubten inzwischen eine breite Diskussion über Gesetzgebungsentwürfe und die Abstimmung darüber. Ob sich dies als Zukunft der Demokratie erweise, hänge jedoch weniger mit dem technisch Machbaren als mit dem Wandel in den Köpfen der zur Partizipation Eingeladenen zusammen.

Die abschließende Diskussion machte deutlich, dass die Tagung viele uneingelöste Versprechen partizipativer Demokratie klar benennen konnte. Auch wird die Demokratietheorie immer sensibler für die blinden Flecken und die Ausschlüsse in den klassischen Grundlagen liberaler westlicher Gesellschaften. Die Sozialethik sieht sich vor diesem Hintergrund herausgefordert, Beteiligungsoptionen einzufordern und an der Weiterentwicklung der Demokratie in Theorie und Praxis – auf globaler, nationalstaatlicher und lokaler Ebene – mitzuarbeiten.

5 25 Jahre Forum Sozialethik

In diesem Jahr beging das Forum auch sein 25-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass lud das Vorbereitungsteam am zweiten Abend der Tagung zu einer Zukunftswerkstatt ein. Zusammen mit *Lothar Harles* (Arbeitsgemeinschaft

katholisch-sozialer Bildungswerke) und *Stephan Nacke* (Bistum Essen) diskutierten die Teilnehmenden über die Zukunft ihres Fachs, der Sozialethik. Im Zentrum standen dabei sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen innerhalb und außerhalb des Raums von theologischer Wissenschaft und Kirche. Lothar Harles und Stephan Nacke stellten kritische Anfragen an das Fach – etwa zur relativen Unsichtbarkeit der Sozialethik in Politik und Kirche –, zeigten aber auch auf, an welchen vielfältigen Orten junge Sozialethiker/-innen heute und in Zukunft gebraucht werden. Die Teilnehmer/-innen entwickelten daraus konkrete Zukunftskonzepte zur stärkeren inhaltlichen Fokussierung der Forschung, zur Verbesserung der Kommunikation mit politisch und kirchlich Verantwortlichen und zur besseren organisatorischen Vernetzung untereinander.

Die Referate der Tagung erscheinen 2016 in der Reihe „Forum Sozialethik“ unter dem Titel „Demokratie und Partizipation im 21. Jahrhundert“.

Das Forum Sozialethik 2016 fand vom 05. bis 07. September in der Akademie in Schwerte statt und widmete sich dem Thema „Flucht, Zuwanderung, Integration“.

Über die Autorinnen und Autoren

Sebastian Zink, M. A., Theologischer Grundsatzreferent des Diözesanrats der Katholiken der Erzdiözese München und Freising. E-Mail: szink@eomuc.de.

Stefanie A. Wahl, M. A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Theologische Ethik am Institut für Katholische Theologie an der Universität Bamberg. E-Mail: stefanie.wahl@uni-bamberg.de.

Christian Henkel, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Dogmatik, Dogmengeschichte und Ökumenische Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Eberhard Karls Universität Tübingen. E-Mail: christian.henkel@uni-tuebingen.de.

Luisa Fischer, M. A., Wissenschaftliche Assistentin in der Abteilung für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: fischer@uni-mainz.de.